

III.3 Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik durch Ägypten

Noch am selben Tag, als die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel hergestellt wurden, erfolgte eine Mitteilung aus Bagdad, in der der Irak bekannt gab, seine Beziehungen zu Bonn abzubrechen²⁸⁴. Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und Kuwait schlossen sich dem sofort an. Der Libanon kündigte den Abbruch der Beziehungen für den darauffolgenden Tag an²⁸⁵. Marokko, Tunesien und Libyen zogen ihre Botschafter zurück²⁸⁶. Darüber hinaus kam es in einigen arabischen Staaten, darunter in Ägypten, zu großen Protestaktionen gegen deutsche Einrichtungen²⁸⁷.

Während in Israel verhandelt wurde, warf die Arabische Liga in einer Erklärung am 10. März 1965 der Bundesregierung vor, die Araber zugunsten des Zionismus offen herausgefordert zu haben. Aus Liga-Kreisen war zu erfahren, daß es zu keiner Einigkeit der Mitgliedstaaten über die Anerkennung der DDR gekommen sei. Hingegen wollten alle arabischen Staaten die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen, wenn es zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Tel Aviv käme. Nach Informationen aus ägyptischen Quellen sollten diese Maßnahmen die Bundesregierung beeinflussen²⁸⁸.

Präsident Nasser äußerte sich in einer Rede am 9. März 1965 in scharfen Tönen und bezeichnete die Politik der Bundesrepublik als „verräterisch“. Sie habe gezeigt, daß sie die schlimmste der imperialistischen Mächte sei. Er erklärte, daß er die „westdeutschen Imperialisten“ in Afrika vor der ganzen Welt bloßstellen und sie überall bekämpfen werde²⁸⁹.

Am 14. März 1965 wurden während einer Sitzung der 13 Außenminister der Staaten der Arabischen Liga scharfe Angriffe gegen die Bundesregierung gerichtet. Der ägyptische Außenminister Mohammed Riad warf der Bundesregierung vor, nicht nur Israel Waffen geliefert zu haben, sondern auch Portugal und Südafrika. Die portugiesische Kolonialmacht befand sich seit 1951 in Angola in kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Befreiungsbewegungen des Landes, und in

²⁸⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.5.1965. „Die offiziellen Beziehungen zwischen Bonn und Tel Aviv hergestellt“.

²⁸⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.1965. „Die Antwort arabischer Staaten: Bruch mit Bonn“.

²⁸⁶ Vgl. Büttner u. Hünseler, 1981, S. 125.

²⁸⁷ Vgl. Abediseid, 1976, S. 201-202; Vgl. Deutschkron, 1983, S. 295.

²⁸⁸ Vgl. PA/AA,MB. 10.3.65. „Fernschreiben aus Kairo.“

²⁸⁹ AAPD, 1965, Dok.119. „Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg“, S. 483-486.

Südafrika herrschte das Apartheidregime. Nach langer Beratung beschlossen die Außenminister folgende Punkte:

1. „Alle arabischen Botschafter werden unverzüglich aus Bonn abberufen.
2. Die diplomatischen Beziehungen mit Westdeutschland werden abgebrochen, wenn es diplomatische Vertretungen mit Israel austauscht.
3. Ägypten wird in seiner Haltung gegen Westdeutschland unterstützt, wenn notwendig werden die arabischen Staaten auch ihre ökonomischen Beziehungen zu Westdeutschland abbrechen, falls Westdeutschland auf seiner feindlichen Haltung gegenüber irgendeinem arabischen Land beharrt [...].
4. Die arabischen Außenminister bekräftigen die Resolutionen der beiden arabischen Gipfelkonferenzen, die zu einer Neuordnung der Beziehungen der arabischen Staaten mit anderen Ländern auf der Grundlage von deren Haltung zur Palästina- Frage aufrufen.“²⁹⁰

Bis zum 18. März 1965 riefen 13 arabische Staaten ihre Botschafter aus der Bundesrepublik zurück²⁹¹. In diesem Zusammenhang bat am 10. März der ägyptische Botschafter in Bonn, Mansour, der zur Berichterstattung nach Kairo reiste, vor seiner Abreise um ein Gespräch im Auswärtigen Amt. Mansour deutete darauf hin, daß die Abwicklung des Abbruches der Beziehungen im freundschaftlichen Sinne erfolgen würde. Die bundesrepublikanische Seite betonte, daß sie nicht die Absicht hätte, die Beziehungen zu Ägypten abzurechnen, bestätigte aber, daß mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in näherer Zukunft zu rechnen sei²⁹².

Wie die Süddeutschen Zeitung berichtete, äußerte die ägyptische Presse den Verdacht, daß es Bonns Ziel sei, das arabische Lager zu spalten²⁹³. Bundeskanzler Erhard informierte Nasser in einem Brief über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel. Darin brachte Erhard unter anderem zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik keine Garantie für Israels Grenzen abgebe sowie mit der Anerkennung Israels versuchen werde, das Verhältnis des deutschen Volkes zum Judentum auf eine normale Grundlage zu stellen. Dieser Brief wurde teilweise im „Al-Ahram“ veröffentlicht²⁹⁴.

²⁹⁰ Abediseid, 1976, S. 200. Protokolle des Rates der Arabischen Liga, Kairo (arabisch) vom 15. März 1965.

²⁹¹ Vgl. Abediseid, 1976, S. 201.

²⁹² Vgl. PA/AA, MB. 11.3.65. „Herrn Staatssekretär Carstens.“

²⁹³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 14.5.1965. „Diplomatische Beziehungen zu Israel. Arabische Staaten brechen mit Bonn“.

²⁹⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 14.5.1965. „Diplomatische Beziehungen zu Israel. Arabische Staaten brechen mit Bonn“.

Die arabischen Staaten bezeichneten die Nahosterklärung der Bundesrepublik als feindseligen Akt. König Hassan von Marokko sagte nach Bekanntwerden der Nahosterklärung seinen geplanten Besuch in Bonn ab. Die Arabische Liga bezeichnete die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als eine „schwerwiegende Angelegenheit“, da die Bundesregierung damit nicht zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten beitragen wolle²⁹⁵.

Einige Tage nach Bekanntgabe der Nahosterklärung wurde auf der WEU-Ministerratskonferenz am 10. März 1965 auch über die „deutsche Nahostkrise“ gesprochen. Der britische Außenminister wies darauf hin, daß sich Großbritannien darum bemühen werde, seinen Einfluß bei den arabischen Staaten geltend zu machen. In diesem Zusammenhang wurden die Ost-West Beziehungen angesprochen. Es bestehe, nach Ansicht der Bundesrepublik, die Gefahr, daß die DDR in weiteren Ländern an Boden gewinnen könnte und daher nicht der Anschein erweckt werden dürfe, daß der Westen sein Interesse an der Lösung der deutschen Frage verlieren werde²⁹⁶.

Am 11. März 1965 gab Nasser bekannt, daß die Mehrzahl der 13 arabischen Ligastaaten auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel nicht sofort mit der Anerkennung der DDR reagieren werde, jedoch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Bonn beabsichtige. Außerdem gab Nasser bekannt, daß er sich deutscher Vermögen in Ägypten, inklusive deutscher Schulen, bemächtigen werde²⁹⁷. Einen Tag später drohte Nasser während einer Rede erneut mit der Beschlagnahmung deutschen Eigentums und fügte hinzu, daß er die Bundesrepublik wirtschaftlich boykottieren werde, was seinen Angaben nach für die Bundesrepublik zu einem 30% Rückgang des bilateralen Handels führen würde²⁹⁸. Hätte Nasser die Drohung, die Wirtschaftsbeziehungen vollkommen abubrechen, wahr gemacht, so wären die Leidtragenden einer solchen Entwicklung Ägypten und seine arabischen Verbündeten gewesen²⁹⁹.

Als der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sich mehr und mehr abzeichnete, richtete die Bundesrepublik zum Schutz der in Ägypten lebenden deutschen Staatsbürger und des deutschen Eigentums einen Krisenstab ein. Wie aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgeht, sollte im Falle einer Beschlagnahmung der Unterrichtsplan auf die arabische Schulordnung umgestellt werden,

²⁹⁵ Vgl. Abediseid, 1976, S. 198.

²⁹⁶ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 10.3.1965. „Betr.: WEU-Ministerratskonferenz.“

²⁹⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.3.1965. „Nasser will das Vermögen beschlagnahmen“.

²⁹⁸ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 12.3.1965. „Nasser droht weiter“.

²⁹⁹ Vgl. Die Zeit, 19.3.1965. „Wenn Nasser die Verträge bricht...“.

wie dies bereits seinerzeit bei den französischen und englischen Schulen geschehen war. Im Ernstfall sollten die deutschen Lehrkräfte und ihre Familien das Land verlassen³⁰⁰.

Am 16. März 1965 kam es in einigen arabischen Ländern zu teilweise gewaltsamen Demonstrationen gegen die Bundesrepublik³⁰¹. Am selben Tag wurde die deutsche Botschaft in Bagdad von einer aufgehetzten Menge gestürmt. In Beirut demonstrierten Schulkinder und Studenten gegen die „Kollaboration der imperialistischen Bundesrepublik mit dem Zionismus.“³⁰² Im Jemen gelang es Demonstranten, in das Gebäude der deutschen Botschaft einzudringen. Sie zerstörten die Einrichtungen, setzten das Gebäude in Brand und holten die Bundesflagge herunter. Die Bundesregierung protestierte scharf und verlangte sofort Schadenersatz³⁰³. In Kairo wurde ein Demonstrationzug von ca. 220 Studenten mit Wasserwerfern vor der deutschen Botschaft zurückgetrieben. Das Gelände und die Zufahrten zur Botschaft wurden durch einen dreifachen Polizeikordon gesichert. Einige der im Nahen Osten lebenden Deutschen reisten aufgrund der Entwicklung ab³⁰⁴.

Um die geplante Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel gegenüber den arabischen Staaten zu begründen, reisten Ende März 1965 in Form einer inoffiziellen Vermittlungsaktion, der Abgeordnete Rudolf Werner nach Kairo und der Abgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski nach Algerien. Der CDU-Abgeordnete Werner, der zwischen dem 18. März und dem 10. April 1965 mit der ägyptischen Regierung in Kairo mehrfach verhandelte, berichtete Staatssekretär Carstens nach seiner Rückkehr, daß die größte Sorge Ägyptens sei, daß die Bundesrepublik mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder unmittelbar danach Wirtschaftshilfe im größeren Umfang an Israel leisten werde. Werner teilte Carstens mit, daß die Ägypter folgende Konditionen anboten: „a) Die deutschen Schulen und das deutsche Vermögen werden nicht beschlagnahmt. b) Die Landrechte der Lufthansa bleiben bestehen. c) Diplomatische Beziehungen zu Pankow werden nicht aufgenommen (wohl aber werden diplomatische Beziehungen mit uns abgebrochen).“³⁰⁵ Diese Konditionen sollten erfüllt werden, wenn Bundeskanzler Erhard Präsident Nasser einen geheim zu haltenden Brief

³⁰⁰ Vgl. PA/AA, MB, 11.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

³⁰¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.1965. „Kein Mittel der Politik“.

³⁰² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.3.1965. „Aufgehetzte Menge stürmt die deutsche Botschaft in Bagdad“.

³⁰³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.3.1965. „Deutschfeindliche Ausschreitungen auch im Jemen“.

³⁰⁴ Vgl. Fuldaer Zeitung, 20.3.1965. „Deutsche im Nahen Osten packen Koffer“.

³⁰⁵ AAPD, 1965, Dok.131. „Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens“, S. 527-528

schreiben würde, in dem er die Gründe für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel erläutern sollte. Erhard solle erklären, daß mit Israel keine gegen die Araber gerichteten Bedingungen vereinbart würden. Damit solle Erhard Verständnis für die arabischen Reaktionen zeigen und erkennen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ost-Berlin durch Nasser einen Bruch zur Folge habe³⁰⁶.

Nach Abschluß seiner Reise berichtete Werner dem Bundeskanzler und erklärte, daß die Gespräche mit Kairo fortgesetzt würden, wobei es vorwiegend darum ginge im Falle des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Kairo und Bonn die kulturellen, wirtschaftlichen und konsularischen Beziehungen aufrechtzuerhalten³⁰⁷.

In einem Fernschreiben an Staatssekretär Carstens, datiert vom 28. April 1965, berichtete Werner, daß er am 25. April von Marshall Abdel Hakim Amer zu einem anderthalbstündigen Gespräch empfangen wurde. Aus dem Gespräch ging hervor, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen unvermeidlich sei und der Zeitpunkt des Abbruchs nach klaren Äußerungen des Marschalls an dem Tag, an dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehme, erfolge. Amer wiederholte mehrfach, daß die kulturellen Beziehungen aufrechterhalten werden sollten. Die Frage der Beschlagnahmung deutschen Vermögens wurde verneint. Es wurde nochmals bestätigt, daß die Anerkennung der DDR nicht geplant sei und die feste Absicht bestehe von beiden Lagern, Ost und West, unabhängig zu bleiben. Amer hob gegenüber Werner hervor: „Es bestehe das Gefühl, daß wir das arabische Lager spalten wollten, und wenn Amer selbst auch nicht daran glaubte, so wäre doch der Eindruck erweckt worden, als hätten wir für die hier und da für unseren Standpunkt gezeigten Sympathien in arabischen Ländern bezahlt. Ägypten sei sich über den ‚starken Druck‘, der auf uns von allen Seiten ausgeübt werde, im klaren.“³⁰⁸ Amer hob ebenfalls hervor, daß man technische Mittel und Wege finden werde, die Beziehungen auch nach einem Abbruch so zu gestalten, als ob er nicht stattgefunden hätte. Werner unterrichtete Staatssekretär Carstens im gleichen Fernschreiben, daß Präsident Nasser ihn davon in Kenntnis setzen ließ, daß er in aller Form versuche, die Beziehungen zur Bundesrepublik so erträglich wie möglich zu gestalten. Nasser hielt es aber nicht für angebracht, Werner zu empfangen, da ihm der Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehung zu Israel noch nicht bekannt sei. Werner meinte, daß

³⁰⁶ Vgl. AAPD, 1965, Dok.131. „Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens“, S. 527-528.

³⁰⁷ Vgl. PA/AA, Ref. 416. III B6. 21.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

³⁰⁸ AAPD, 1965, Dok. 192. „Abgeordneter Werner, z.Z. Kairo, an Staatssekretär Carstens“, S. 766-769.

Präsident Nasser sich von allen Seiten im Stich gelassen fühle. Die Gründe dafür sah Werner in den unbefriedigenden Verhandlungen über die Getreidelieferungen aus den USA, der Tatsache, daß in Frankreich nur Getreide gegen Devisen gekauft werden konnte, und den Schwierigkeiten mit der Bundesrepublik. Gleichwohl habe sich aber seine momentane Situation aufgrund außerordentlich großzügiger Angebote aus dem Ostblock und Vergabe von Darlehen nicht verschlechtert³⁰⁹.

Nach seiner Rückkehr berichtete Werner, daß man weiterhin mit dem Abbruch der Beziehungen zu den arabischen Staaten rechnen müsse, wenn die Bundesrepublik ihre Beziehungen zu Israel aufnehmen würde. Es bestehe aber Hoffnung, daß eine kurzentschlossene Aufnahme diplomatischer Beziehungen Kairos zu Ost-Berlin abgewendet werden könnte. Dies wurde damit begründet, daß Ägypten sonst fürchte, seine offiziell blockfreie Rolle aufgeben zu müssen, um sich enger dem Ostblock anzuschließen³¹⁰.

Die deutsche Botschaft in Kairo sandte am 22. März 1965 ein Fernschreiben nach Bonn, in dem sie die arabischen Vorwürfe auflistete. Beweise, daß darin enthaltene Vorwürfe und Diffamierungen von der breiten Bevölkerung geteilt wurden, fehlten noch. Die Verbreitungsmittel, die zur Darstellung des westdeutschen Standpunktes in Kairo benutzt wurden, waren die westlichen internationalen Agenturen (Reuter, UPI etc.). Die Botschaft riet, daß der Kontakt zu diesen Agenturen nicht nur in Bonn, sondern auch in anderen Hauptstädten zur Verbreitung des bundesrepublikanischen Standpunktes genutzt werden sollte, da die ägyptische Presse aus finanziellen Gründen praktisch keine eigenständigen Auslandskorrespondentenbüros unterhielt und sich fast ganz auf Agenturberichte verließ³¹¹.

Am 30. März 1965 meldete die Nasser nahestehende ägyptische Zeitung „Al-Ahram“, daß die Ernennung eines ägyptischen Generalkonsuls in Ost-Berlin unmittelbar bevorstehe. Dazu wurde in Bonn amtlich Stellung genommen. Man werde zwar die ägyptische Verhaltensweise beklagen, die Erwägung konsularischer Verhandlungen sei aber noch kein Schritt zur vollen Aufnahme diplomatischer Beziehungen³¹².

Im April 1965 steuerte die Situation durch die geplante Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel automatisch auf eine deutsch-arabische bzw.

³⁰⁹ Vgl. AAPD, 1965, Dok. 192. „Abgeordneter Werner, z.Z. Kairo, an Staatssekretär Carstens“, S. 766-769.

³¹⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.3.1965. „Mit Missionen Werners und Birrenbachs zufrieden“.

³¹¹ Vgl. PA/AA. MB. 22.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

³¹² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.3.1965. „Kairo kündigt Generalkonsulat in Ostberlin an“.

deutsch-ägyptische Krise zu. Das Auswärtige Amt prüfte daraufhin, ob trotz des Bruches der diplomatischen Beziehungen eine Aufrechterhaltung der konsularischen Beziehungen möglich sei, und schlug Staatssekretär Carstens die unmittelbare Beibehaltung der konsularischen Beziehungen vor. Während im Falle der Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten die Schließung der konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik in den arabischen Ländern unumgänglich war, stand zur Diskussion, ob die konsularischen Beziehungen bei Nichtanerkennung der DDR erhalten bleiben würden. Nach Auffassung der Abteilungen bestand keine Veranlassung, die Konsulate in den arabischen Ländern zu schließen, falls die Beziehungen von arabischer Seite abgebrochen würden. Auch die Wiener Konvention (Artikel 13, Abs. 3) spreche nicht gegen die Aufrechterhaltung konsularischer Beziehungen im Falle des Abbruchs diplomatischer Beziehungen, solange nicht eine ausdrückliche Erklärung erfolge, die ebenfalls den Abbruch der konsularischen Beziehungen beinhalte. Diese Regelungen kamen dem Auswärtigen Amt entgegen, da es seine Beziehungen zu den arabischen Staaten soweit wie möglich fortführen wollte. Eine Schließung der Konsulate hätte das Verhältnis zusätzlich belastet. Die fortzuführende kulturelle Arbeit und die angelaufenen Projekte der Entwicklungshilfe wären durch die Schließung der Konsulate erschwert worden, und dem Abbruch könnte eine spätere Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten als Gegenmaßnahme erfolgen³¹³.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen konnte nicht verhindert werden. Am 13. Mai 1965, einen Tag nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel, brachen, wie oben beschrieben, zehn arabische Staaten ihre Beziehungen zu Bonn ab^{314,315}.

Von den 13 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga beabsichtigten nur Libyen, Tunesien und Marokko, die diplomatischen Beziehungen aufrechtzuerhalten und zogen lediglich ihre Botschafter zurück. Die meisten arabischen Regierungen begründeten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der förmlichen Anerkennung Israels durch die Bundesregierung. Die ägyptische Regierung veröffentlichte zu diesem Anlaß ein Kommuniqué, in dem sie die Nahostpolitik

³¹³ Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 15.4.1965. „Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961.“

³¹⁴ Vgl. Büttner u. Hünsele, 1981, S. 125.

³¹⁵ Vgl. Kapitel IV.3.

der Bundesrepublik, wegen der Waffenlieferungen an Israel als „aggressiv“ gegenüber den Arabern bezeichnete³¹⁶.

Der von den arabischen Staaten angedrohte wirtschaftliche Boykott gegenüber der Bundesrepublik, sollte nach Angaben der arabischen Staaten nur dann angewendet werden, wenn die Bundesregierung einen weiteren als feindlich betrachteten Akt gegenüber einem arabischen Staat vornehmen würde³¹⁷.

Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen wurde Italien Schutzmachtvertretung der Bundesrepublik in Ägypten. Am 13. Mai 1965 wurde im ägyptischen Außenministerium dem Geschäftsträger Kurt Müller³¹⁸ und dem Leiter des Rechts- und Konsultsreferats der Botschaft Heinz Fiedler die Abbruchnote übergeben. Danach hatte das Botschaftspersonal mit Ausnahme des Konsular-, Wirtschafts- und Kulturreferats das Land innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen. Rechtsgrundlage der Tätigkeit des von ägyptischer Seite zugestandenen, aber reduzierten deutschen Stabes bei der Schutzmachtvertretung wurde ein von Fiedler erarbeiteter Notenwechsel, auf den sich beide Regierungen einigten. Er enthielt Regelungen hinsichtlich des Status, der Aufgaben der diplomatischen Immunität und des Schutzes des Reststabes. Dieser hatte sich auf die Wahrnehmung konsularischer, wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben zu beschränken. Politische Gespräche im Außenministerium durften nur in Gegenwart des aus Rom entsandten Gesandten Bruno Aglietti geführt werden³¹⁹.

³¹⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.5.1965. „Fahnen der Schutzmächte über deutschen Botschaften“.

³¹⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.1965. „Folgt der Wirtschaftsboykott?“

³¹⁸ Kurt Müller wurde im Rahmen dieser Arbeit interviewt.

³¹⁹ Interview mit Heinz Fiedler, Botschafter a.D. am 7.4.2000. Zur damaligen Zeit Leiter des Rechts- und Konsultsreferats der deutschen Botschaft in Kairo.